

Ebenen, Aufruhr u.ä. Störungen der öffentlichen Ordnung in Zukunft bereits im Anfangsstadium "entschlossen und ohne Zeitverlust" zu beenden. Dies sei eine "wichtige Lehre" aus den Ereignissen von Mitte April bis Anfang Juni dieses Jahres. Li Peng bezeichnete die gegenwärtige Lage in China als "stabil" und verteidigte die weitere Aufrechterhaltung des Ausnahmezustands mit der "Notwendigkeit, die Lage der Stabilität weiter zu konsolidieren und auszubauen". Der Ausnahmezustand behindere keineswegs die normale gesellschaftliche Ordnung, sondern diene deren Schutz. -sch-

*(14)

Politische Botschaft offizieller Photos: Yang Shangkun ist der neue starke Mann

Wie zu maoistischen Zeiten geben offizielle Photos wieder einmal interessante Hinweise auf die intraelitäre Machtkonstellation. So veröffentlichte das ZK-Organ *Volkszeitung* am 25. Juli auf der zweiten Seite u.a. ein Gruppenphoto, das die 6 Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros zusammen mit Yang Shangkun zeigt, der formell Mitglied des Politbüros, Staatspräsident und ständiger stellvertretender Vorsitzender der ZK-Militärkommission ist. Aus der Aufstellung - Yang Shangkun steht in der Mitte mit je drei Ausschußmitgliedern an beiden Seiten - könnte geschlossen werden, daß Yang der eigentliche Machthaber ist. Dem Photo ist auch folgende Rangfolge im Ständigen Ausschuß des Politbüros zu entnehmen: Jiang Zemin, Qiao Shi (sic!), Li Peng, Yao Yilin, Song Ping und Li Ruihuan. Interessanterweise gibt es kein Photo von Deng Xiaoping mit der neu zusammengesetzten Führungsmannschaft des Politbüros. Überhaupt trat Deng gar nicht auf der 4. Plenartagung des XIII. ZK (23.-24.6.) auf. Sein letzter Auftritt war auf der erweiterten Sitzung des Politbüros vom 19. bis 21. Juni 1989 gewesen.

Am 26. Juni veröffentlichte die *Volkszeitung* ebenfalls auf der zweiten Seite u.a. ein Photo von Yang Shangkun (82), wie er dem gebrechlichen Wang Zhen (81) stützend unter den Arm greift - ein Indiz für eine Koalition zwischen dem konservativen Yang und dem orthodoxen Haudegen Wang. Am darauffolgenden Tag auf der gleichen Seite ein Photo von ZK-Generalsekretär Jiang Zemin und dem reformorien-

tierten Parlamentspräsidenten Wan Li beim gemeinsamen Händedruck - ein Indiz für eine Koalition der Deng-Gruppe mit den zuletzt arg gebeutelten radikalen Reformkräften?

Am 30. Juni veröffentlichte die *Volkszeitung* auf der ersten Seite u.a. ein Photo und einen Bericht von der Feier zum 68. Gründungstag der KPCh, aus denen folgende Rangfolge ersichtlich wird: Jiang Zemin, Yang Shangkun, Li Peng, Wan Li, Qiao Shi, Yao Yilin, Song Ping, Li Ruihuan und Wang Zhen. Auffällig, daß Yang Shangkun und Wan Li im Kreis der Mitglieder des Ständigen Ausschusses der Politbüros auf Rang 2 und 4 genannt werden, obwohl sie formell nur dem Politbüro angehören. Der letztgenannte Wang Zhen ist sogar formell 'nur' stellvertretender Staatspräsident.

Am 30. Juli veröffentlichte die *Volkszeitung* auf der ersten Seite u.a. ein Photo und einen Bericht von der Feier zum Armeegründungstag am 1. August 1927, aus denen folgende Rangfolge ersichtlich wird: Jiang Zemin, Yang Shangkun, Li Peng, Wan Li, Qiao Shi, Yao Yilin, Song Ping, Li Ruihuan und Wang Zhen. Interessanterweise wurde Verteidigungsminister Qin Jiwei, formell Mitglied des Politbüros, erst an nachgeordneter Stelle erwähnt. Diese Zurückstufung wurde am folgenden Tag in einem Bericht des ZK-Organs indirekt zuückgenommen, indem Qi Jiwei rangmäßig entsprechend seiner Mitgliedschaft im Politbüro aufgeführt wurde. -sch-

*(15)

Wang Zhen wieder auf offiziellem Kurs

Hardliner Wang Zhen (81), der schon bei den Studentendemonstrationen Ende 1986 den Einsatz des Militärs empfohlen hatte, sprach sich bei einem Zusammentreffen mit einem Hongkonger Geschäftsmann für eine weitere Öffnung Chinas aus. Wang, der noch im Mai nur von "Reform und Aufbau" gesprochen hatte, bezeichnete nun die Öffnungspolitik als unabänderlich. Er beglückwünschte den Hongkonger Geschäftsmann zu dessen Investitionstätigkeit auf der Insel Hainan. (RMRB, 15.7.89) -sch-

*(16)

Urlaub für alle Partei- und Regierungskader gestrichen

Das ZK der KPCh und der Staatsrat veröffentlichten am 6. Juli 1989 eine "dringende Bekanntmachung", der zufolge der Urlaub in diesem Jahr für

alle Partei- und Regierungsfunktionäre entfällt. Lediglich an den staatlich festgesetzten Fest- und Ferientagen braucht nicht gearbeitet zu werden. Auch bereits arrangierte Urlaubsreisen müssen abgesagt werden. Begründet wurde die Anordnung mit dem Geist der 4. Plenartagung, "hart zu kämpfen und fleißig zu arbeiten" sowie mit der Notwendigkeit, die während der Niederschlagung des "konterrevolutionären Putsches" entstandenen Verluste wettzumachen. (RMRB, 7.7.89) -sch-

Kultur

*(17)

Säuberung und Ausrichtung der Medien

Wie zu erwarten, werden in China jetzt nicht nur in allen gesellschaftlichen Bereichen politische Indoktrinierungskurse veranstaltet, um die Kader und Leute in einflußreichen Positionen ideologisch auszurichten, sondern es haben in diesen Kreisen auch Säuberungen eingesetzt. Eine besondere Zielscheibe in dieser Hinsicht stellen die Medien dar. Viele Journalisten hatten in den letzten Jahren zunehmend liberale Ideen vertreten, und es ist bekannt, daß viele mit der Demokratiebewegung sympathisiert haben. Um diese Tendenzen einzudämmen, hat das Presseamt der Propagandaabteilung des ZK am 30.6.89 verantwortliche Journalisten führender Zeitungen, des Rundfunks und des Fernsehens zu einem Seminar gebeten, auf dem die Teilnehmer auf die derzeitige politische Linie der Partei eingeschworen werden sollten.

Viele Zeitungen, so bekamen die Teilnehmer von seiten der Propagandaabteilung zu hören, hätten in den letzten zwei Monaten schwere Fehler begangen. Die Reform des Pressewesens sei verfälscht worden, und viele Journalisten hätten vergessen, daß die Presse als Sprachrohr der Partei zu fungieren habe. Jetzt gelte es, die Reform auf dem Boden der vier grundlegenden Prinzipien durchzuführen. Unter den Journalisten müsse eine "organisatorische Ausrichtung" stattfinden und ein Kontingent von Journalisten aufgebaut werden, das selbstbewußt an den vier Prinzipien festhält und der bürgerlichen Liberalisierung entgegentritt. Zu diesem Zweck sei die Erziehung im marxistischen Journalismus zu verstärken. Es gehe nicht an, allein die objektive Berichterstattung zu betonen.

Diese müsse immer ein Ziel haben, und deshalb dürfe die politische Orientierung nicht außer acht gelassen werden. (RMRB, GMRB, 1.7.89)

Was unter "organisatorischer Ausrichtung" zu verstehen ist, erläuterte kürzlich eine Hongkonger Zeitung. Sie berichtete von Säuberungen im Pressewesen, die durch sog. Arbeitsgruppen vorgenommen würden. Diese aus 7-8 Mitgliedern bestehenden Arbeitsgruppen werden in Zeitungsredaktionen, aber auch in anderen Institutionen, wie z.B. dem Kulturministerium, eingesetzt. Sie haben die Aufgabe, das politische Studium in den jeweiligen Einheiten zu leiten und bei der "Aufklärungsarbeit" zu helfen. (*Wen Wei Po*, 19.7.89, nach SWB, 21.7.89) Konkret bedeutet dies, daß die Arbeitsgruppen alle Journalisten überprüfen, die nicht Linientreuen zur Umerziehung schicken und ggf. mit dem Verlust ihrer Positionen bestrafen. -st-

*(18)

Schärfere Kontrolle über Buchmarkt und Unterhaltungssektor

Das staatliche Medien- und Publikationsbüro, das im Januar 1987 neu eingerichtet wurde (vgl. C.a. 1987/1, Ü 18), hat gegenwärtig seine Kontrolle über den gesamten Publikationssektor verschärft. Betroffen sind vor allem Buch- und Zeitschriftenverlage, aber auch Buchläden und -stände. Das Büro hat seine örtlichen Zweigstellen angewiesen, den Buch- und Zeitschriftenmarkt zu überprüfen und alle Publikationen zu konfiszieren, die bürgerlich-liberales Gedankengut verbreiten, ferner alle pornographischen Druckerzeugnisse sowie Publikationen, die Aberglauben, Gewalt und Obszönitäten beinhalten. (GMRB, 14.7.89)

Aus allen größeren Städten wird über die Konfiszierung oder Zerstörung großer Mengen von Büchern, Zeitschriften und Videos berichtet (vgl. z.B. XNA, 2., 22., 26., 28.7.89 und SWB, 28., 29.7.89). Allein in Shanghai sollen in letzter Zeit 20.000 Exemplare "illegaler" Publikationen konfisziert worden sein. Insbesondere die Bücherstände, von denen es in der Stadt mittlerweile 3.000 gibt, wurden überprüft und neue Lizenzen für deren Betreiber vergeben. In Shanghai will man den gesamten Büchermarkt mit neuen Lizenzen ausstatten. Keine außerhalb von Shanghai veröffentlichte Publikation darf künftig ohne offizielle Genehmigung auf den Shanghaier Bü-

chermarkt gelangen (XNA, 2. u. 12.7.89). Das Beijinger Medien- und Publikationsbüro rühmte sich sogar, 180.000 unerlaubte Bücher vom Markt genommen zu haben. Hauptzielscheibe waren auch hier die etwa 1.300 privaten Bücherstände der Stadt, denen teilweise ebenfalls die Lizenzen entzogen wurden. Zugleich kündigte ein Vertreter des Büros an, daß man auch die Verlage "konsolidieren" wolle, denn ein Großteil der unerwünschten Veröffentlichungen komme aus staatlichen Verlagshäusern (XNA, 30.7.89).

Die ersten Entlassungen im Verlagswesen sind bereits erfolgt. So wird aus Xi'an berichtet, daß der stellvertretende Cheflektor des Huayue-Verlags für Literatur und Kunst seines Postens enthoben worden sei und daß sein Fall weiter untersucht würde. Er hatte ein Buch herausgebracht, das Stellung gegen den Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung beziehen und positive Äußerungen über Liu Binyan, einen liberalen Journalisten und Schriftsteller, enthalten soll (Radio Xi'an, 26.6.89, nach SWB, 30.6.89).

Auch die Unterhaltungsbranche wird von den örtlichen Behörden überprüft und mit Restriktionen belegt. Die Shanghaier Behörden z.B. haben eine Reihe vorläufiger Bestimmungen zur Kontrolle über diesen Sektor erlassen, und zwar vorläufige Bestimmungen zur Kontrolle über Tanzsäle und Musik-Teehäuser, über Musikbands in Tanzsälen und Teehäusern, über die Volkskunstensembles der Stadt, über gewerbliche Modeschauen und über Billiard- und Videoräume (GMRB, 12.7.89).

In den letzten Jahren hat man wiederholt illegale Publikationen beschlagnahmt. Dabei handelte es sich zumeist um als pornographisch eingestufte Druckerzeugnisse. Diese werden auch jetzt wieder an erster Stelle genannt, doch dürfte Literatur, die sog. bürgerlich-liberales Gedankengut verbreitet, noch mehr zur Zielscheibe geworden sein. Im Unterhaltungssektor dürfte es darum gehen, diesen weitgehend von westlichen Einflüssen zu säubern. -st-

*(19)

Fang Lizhi: Verlust seiner Ämter in Forschungsgesellschaft und Buch über sein "wahres Gesicht"

Die Chinesische Forschungsgesellschaft für die Dialektik der Natur hat Fang Lizhi seiner Posten als stellvertretender Vorsitzender und Geschäftsführer dieser Gesellschaft enthoben.

Die Entlassung wurde aufgrund einer Empfehlung von einigen Mitgliedern des Chinesischen Verbandes für Wissenschaft und Technik vorgenommen. (RMRB, 21.7.89)

Wie die *Guangming-Zeitung* am 11.7.89 berichtet, hat der Rechtsverlag ein Buch über Fang Lizhi herausgebracht mit dem Titel "Das wahre Gesicht Fang Lizhis" (*Fang Lizhi de zhen mianmu*). Das Buch wurde vom Allgemeinen Büro der Disziplin-Kontrollkommission des ZK zusammengestellt. Es enthält alle offiziellen Anschuldigungen gegen Fang Lizhi sowie relevante Reden und Artikel von ihm. Wie es heißt, stellt dieses Buch ausgezeichnetes Lehrmaterial dar, um als Negativbeispiel zu dienen, das Fangs Kampf gegen die Partei und das sozialistische System illustriert.

Der Astrophysiker Fang Lizhi wird von der Partei als einer der geistigen Führer der Demokratiebewegung und damit als mitverantwortlich für die Studentenproteste betrachtet. Er hält sich zusammen mit seiner Frau seit Anfang Juni in der US-Botschaft in Beijing auf. -st-

*(20)

Beijing entläßt Chefredakteur der Hongkonger Wen Wei Po

Mitte Juli 1989 ist der Chefredakteur der in Hongkong erscheinenden KP-Zeitung *Wen Wei Po* (*Wenhui Bao*), Li Zisong, durch den stellvertretenden Leiter der Hongkonger Niederlassung der Xinhua-Nachrichtenagentur, der offiziellen Repräsentanz Beijings in Hongkong, entlassen worden. Am 16.7.89 erschien in der Beijinger *Volkszeitung* auf der ersten Seite eine Meldung über den Vorfall. Danach hat der stellvertretende Leiter der Xinhua-Niederlassung in Hongkong, Zhang Junsheng, das Arbeitsverhältnis mit dem Chefredakteur deshalb beendet, weil dieser dem stellvertretenden Chefredakteur der *Wen Wei Po*, Chen Bojian, gekündigt hatte, ohne die üblichen Formalia beachtet zu haben. Im übrigen habe sich Li Zisong schon Ende 1985 zur Ruhe setzen wollen, doch habe man ihn seinerzeit gebeten, seinen Posten für eine Zeitlang weiter zu behalten.

Weitere Einzelheiten über die Affäre berichtete die *Far Eastern Economic Review* in ihrer Ausgabe vom 3.8.89. Li Zisong, so heißt es dort, sei zwar kein Mitglied der KPCh, doch sei er immer treu der Parteilinie gefolgt, bevor er

die Demokratiebewegung der Studenten unterstützt und die Regierung in Beijing wegen ihres Vorgehens gegen die Studenten scharf kritisiert habe. Demgegenüber habe Chen Bojian die Journalisten der *Wen Wei Po* zu überzeugen versucht, ihre Kritik an der Beijinger Regierung zu mildern. Überdies habe der Leiter der Xinhua-Niederlassung in Hongkong Li Zisong gedrängt, wieder zu einem pro-Beijing-Kurs zurückzukehren, doch habe sich Li geweigert.

Der Gegensatz zwischen dem Chefredakteur und seinem Stellvertreter habe sich weiter zugespitzt, als einige chinesische Journalisten in den USA, darunter auch der Dissident Liu Binyan, eine sog. Gesellschaft der Freunde der *Wen Wei Po* gründen wollten. Dieses Vorhaben sei von Li unterstützt, von Chen hingegen abgelehnt worden. Daraufhin habe Li seinen Stellvertreter entlassen. Wenige Stunden später sei Li selbst durch den stellvertretenden Leiter der Xinhua-Nachrichtenagentur in Hongkong seines Postens verwiesen worden. Dieser habe die Einmischung gegenüber den Mitarbeitern der *Wen Wei Po*, von denen über 30 aus Protest gegen die Entlassung Lis von ihren Posten zurückgetreten seien, damit begründet, daß die Zeitung zu einem großen Teil von Beijing aus finanziert würde und der Aufsicht durch Xinhua unterstehe.

In der Vergangenheit, so heißt es weiter, habe Beijing immer die Position vertreten, die *Wen Wei Po* sei kein offizielles Regierungsorgan. Tatsächlich aber werde die Zeitung - ebenso wie vier weitere in Hongkong erscheinende Zeitungen, nämlich *Ta Kung Pao*, *New Evening Post*, *Hongkong Commercial Daily* und *Ching Po Daily*, von der KPCh kontrolliert. Zunächst hätten alle fünf Blätter frei über die Ereignisse in Beijing berichtet, doch nur die *Wen Wei Po* habe die Partei offen kritisiert. Alle fünf Zeitungen sollen laut *FEER* mit Verlusten arbeiten und von der chinesischen Regierung stark subventioniert werden, hauptsächlich in Form von Anzeigen chinesischer Staatsunternehmen.

Die *FEER* wertet die Entlassung des Chefredakteurs als einen Vorfall, der unter den Einwohnern Hongkongs weiter Zweifel an Chinas Glaubwürdigkeit nährt. Bisher hatte Beijing immer wieder versichert, auch nach 1997 werde Hongkong weiter im Genuß aller bürgerlichen Freiheiten - ein-

schließlich der Pressefreiheit - bleiben. Wenn Li Zisong auch angeblich schon seit längerer Zeit seinen Posten aufgeben wollte - er soll 78 Jahre alt sein -, so bedeutet seine Entlassung zum jetzigen Zeitpunkt zumindest in Hongkong einen schweren Vertrauensverlust für die Regierung in Beijing. -st-

*(21)

Konferenz über ideologische Arbeit im Hochschulbereich

Vom 12.-15. Juli 1989 fand in Beijing eine von der Zentrale einberufene nationale Konferenz über die Hochschularbeit statt. Die Bedeutung der Konferenz wird dadurch unterstrichen, daß nicht nur der Leiter der Staatlichen Erziehungskommission, sondern auch die wichtigsten Parteiführer, nämlich Generalsekretär Jiang Zemin sowie Li Peng und Li Ruihuan, anwesend waren und vor den Teilnehmern - Vertretern von Hochschulkomitees und -ämtern auf zentraler und Provinzebene - sprachen (vgl. RMRB, 15. u. 16.7.89; GMRB, 15.-17.7.89).

Für die politische Führung besteht kein Zweifel, daß Chinas Universitäten und Hochschulen Brutstätten des bürgerlichen Liberalismus sind, in dem die Ursache für den jüngsten Aufruhr gesehen wird. Deshalb war die Konferenz einberufen worden, und ihr Ziel war es, alle Beteiligten von der Notwendigkeit des Kampfes gegen bürgerlich-liberales Gedankengut und der Stärkung der ideologischen Arbeit an den Hochschulen zu überzeugen. Jiang Zemin forderte, an den Hochschulen nunmehr klar Stellung gegen den bürgerlichen Liberalismus zu beziehen, an den vier grundlegenden Prinzipien festzuhalten und die ideologische Erziehung speziell unter den Studenten zu intensivieren. Unter vielen Studenten hätten sich aufgrund westlichen Einflusses falsche Anschauungen verbreitet, und die Studenten seien ideologisch nicht genügend vorbereitet, die Schwierigkeiten und die Kompliziertheit des sozialistischen Aufbaus und der Reformen zu verstehen. Zwei Hauptfragen seien es, die die Studenten bewegten: 1. Ist letztlich der Sozialismus oder der Kapitalismus besser? 2. Warum muß China an der führenden Rolle der Partei festhalten? Als Rezept zur Klärung von derlei Fragen verordnete Jiang eine verstärkte Unterweisung im Marxismus-Leninismus, damit die Studenten begriffen, daß sich China nur weiterentwickeln könne,

wenn an der Führungsrolle der Partei und am sozialistischen Weg festgehalten würde.

Außer diesem orthodox-konservativen Rezept schlug Jiang Zemin jedoch auch positivere Töne an. In seiner Stellungnahme zum Problem der Behandlung der Intellektuellen allgemein versicherte er, daß die Intellektuellen ein Teil der Arbeiterklasse seien (eine Sichtweise, die mit Beginn der Reformpolitik Ende der siebziger Jahre eingeführt wurde) und daß die gesamte Modernisierung von ihnen abhängt. (RMRB, 15.7.89) Diese Einschätzung läßt immerhin hoffen, daß die Partei eine gewisse Behutsamkeit in der Behandlung der Intellektuellen an den Tag legen wird.

Für Li Peng kommt es darauf an, daß die Hochschulen Studenten ausbilden, die das Vaterland und den Sozialismus "heiß lieben"; er forderte die Parteikomitees der Hochschulen auf, ein Kontingent "gesunder Kader und positiver Elemente" aufzubauen. Li Ruihuan wies darauf hin, daß der "Aufruhr" viel Schaden angerichtet und viele Probleme hinterlassen habe, die die Führung vor schwierige Aufgaben stellten. Darüber gelte es nachzudenken. Auch für ihn besteht kein Zweifel, daß die Modernisierung von den Intellektuellen abhängt und somit auch von den Universitäten. Daher sei die Frage, wie die Hochschulen zu behandeln seien, aufs engste mit der Zukunft Chinas verknüpft. (RMRB, 15.7.89)

Li Tieying, als Leiter der Erziehungskommission für die Durchsetzung der neuen Erziehungspolitik verantwortlich, gab sich als Vertreter einer harten Linie zu erkennen. Für ihn stellt sich der Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung als Klassenkampf dar. Man habe zwar gerade einen Sieg errungen, aber der Kampf gehe weiter. Vor allem müsse man über die Ursachen nachdenken, die zu diesem Kampf an den Hochschulen geführt hätten. Das Erziehungswesen, so sagte er weiter, sei ein Gebiet des Überbaus und habe Klassencharakter. Solche Vokabeln hatte man lange nicht gehört. Die grundlegende Frage sei, was für Leute man ausbilde und wie man sie ausbilde. Seit geraumer Zeit habe man nicht die politische Richtung an die erste Stelle plazierte, sondern die Vermittlung von Wissen über alles gestellt.

Über eines muß nach Li absolute Klarheit herrschen: Die Erziehung habe dem Sozialismus zu dienen. Sie

müsse an der sozialistischen Richtung festhalten und die jungen Studenten im Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen unterweisen. Zu diesem Zweck müsse die Führungsrolle der Partei an den Hochschulen gestärkt, an den vier grundlegenden Prinzipien festgehalten und die bürgerliche Liberalisierung entschlossen bekämpft werden. Extrem individualistisches und anarchistisches Gedankengut sei zu kritisieren. Es könne nicht geduldet werden, daß an den sozialistischen Hochschulen irgendwelche bürgerlich-liberalen Anschauungen verbreitet würden.

Zum Schluß gab Li Tieying für die Hochschulen wie für das gesamte Erziehungswesen die folgenden Parolen aus: "Der wirtschaftliche Aufbau ist die zentrale Aufgabe, Festhalten an den vier grundlegenden Prinzipien sowie an der Reform- und Öffnungspolitik", "Die Erziehung muß dem sozialistischen Aufbau dienen, der sozialistische Aufbau muß sich auf die Erziehung stützen." (RMRB, 16.7.89)

Eine wichtige Voraussetzung für die Stärkung der ideologischen Erziehung an den Hochschulen nannte der Vizepräsident der Beijinger Universität für Wissenschaft und Technik, Yang Jingyun. Er forderte den Aufbau eines Kontingents hochqualifizierter, hauptamtlicher Lehrkräfte für die ideologisch-politische Erziehung der Studenten. Diese Lehrer sollten zugleich auch eine Kontrollfunktion über die Studenten ausüben. (GMRB, 21.7.89) -st-

* (22) Ideologisierung der Schulbildung: die "Drei heißen Lieben"

Die Staatliche Erziehungskommission hat kürzlich in einem Zirkular die Schulämter aller Ebenen angewiesen, mit Beginn des neuen Schuljahres in diesem Herbst an allen Grundschulen die ideologische Erziehung der Schulkinder zu intensivieren. Insbesondere sollen Aktivitäten verschiedenster Art entfaltet werden, um bei den Kindern die "Drei heißen Lieben" (san re ai) zu wecken, nämlich die heiße Liebe zur Kommunistischen Partei Chinas, zum sozialistischen Vaterland und zur Volksbefreiungsarmee. Je nach Alter der Schulkinder soll "die Befriedung des politischen Aufruhrs und des konterrevolutionären Putsches in Beijing" als Anschauungsmaterial zur Festigung der Moral im Unterricht benutzt wer-

den. Dies könne in Form von Versammlungen geschehen, auf denen Erlebnisberichte gegeben oder Geschichten erzählt werden, in Form von künstlerischen Darbietungen oder aber in Form von Besuchen bei der Armee und Befragungen von Soldaten. (RMRB, 22.7.89)

Um die Lehrer ideologisch für den Unterricht vorzubereiten, ist von der Staatlichen Erziehungskommission verfügt worden, daß die örtlichen Erziehungsbehörden für alle Lehrer und Kader, die für den politischen Unterricht an Schulen verantwortlich sind, Schulungskurse zum Studium der entsprechenden Dokumente organisieren. (Xinhua, chin., 28.6.89, nach SWB, 15.7.89)

Eine solche politisch-propagandistische Ausrichtung der Schüler hat es seit Maos Tod nicht mehr gegeben. Insbesondere die verordnete Verehrung der Armee erinnert an bestimmte Phasen der Kulturrevolution. Einen anschaulichen Bericht darüber, in welchem Maße die Armee wieder im Alltagsleben präsent ist, bringt die *Volkszeitung* in ihrer Ausgabe vom 23.7.89. Am Beispiel Shanghais wird geschildert, daß das Militär, das in den vergangenen Jahren in der Gesellschaft eine mehr untergeordnete Rolle spielte, nun wieder unter dem Motto "Die Armee heiß lieben, die Soldaten verehren" allgegenwärtig ist. Der Soldat als das gute Vorbild, als Held, als Freund und Helfer - dieses Bild versucht man der gesamten Bevölkerung und vor allem der Jugend zu vermitteln. Diesem Ziel dienen allerlei Aktivitäten, z.B. die Unterweisung der Jugend in Landesverteidigung. So sollen in Shanghai über 800 Plätze zur Unterweisung in Landesverteidigung, wie z.B. in Parks, auf militärischen Lagerplätzen für die Jugend und in militärischen Schulen für die Jugend, eingerichtet worden sein. -st-

* (23) Studenten nur noch unter eingeschränkten Bedingungen ins Ausland

Die chinesische Regierung hat ihre Absicht bekundet, ihre Politik, Studenten zum Hochschulstudium ins Ausland zu schicken, zu modifizieren. Grundsätzlich soll diese Politik - ebenso wie die Reform- und Öffnungspolitik - fortgeführt werden, ließ ein Sprecher der Staatlichen Erziehungskommission in einem Interview wissen

(RMRB, 27.7.89). In diesem Jahr würden fast 3.000 Gastwissenschaftler und Postgraduierete, wie geplant, als Regierungsstipendiaten ins Ausland geschickt. Für die meisten von ihnen seien die Vorbereitungen für die Ausreise abgeschlossen, und für das nächste Jahr seien die Auswahlverfahren bereits angelaufen. Aufgrund der jüngsten Erfahrungen werde man jedoch in bezug auf die "Ebene und Struktur" der Bewerber für ein Auslandsstudium Anpassungen vornehmen, um die Arbeit noch mehr mit den Anforderungen beim sozialistischen Aufbau Chinas in Einklang zu bringen.

Auch an anderer Stelle gab kürzlich ein Vertreter der Staatlichen Erziehungskommission zu verstehen, daß die Politik gegenüber den Auslandsstudenten modifiziert würde (*China Daily*, 1.7.89, nach XNA, 2.7.89). Danach sollen vor allem zwei Gesichtspunkte eine stärkere Rolle spielen: eine bessere Auswahl der Studenten und eine schärfere Kontrolle der im Ausland Studierenden.

Hinter der besseren Auswahl verbirgt sich klar die Absicht, die Zahl der Auslandsstudenten drastisch zu reduzieren, wenn dies auch nicht ausgesprochen wird. Statt dessen heißt es, man werde künftig vom Bedarf des Staates ausgehen, d.h., es sollen nur noch Studenten solcher Studienfächer ins Ausland geschickt werden, die für Chinas wirtschaftliche Entwicklung unerlässlich sind und für die China nur begrenzte oder keine Ausbildungskapazität hat. Im übrigen war der Vertreter der Erziehungskommission auch bestrebt, den Wert der Auslandsstudien zu mindern. Viele Organisationen und Einheiten, so ließ er verlauten, gäben hart verdiente Devisen aus, um Studenten an irgendwelchen ausländischen Hochschulen von niedrigem Niveau studieren zu lassen. Es sei sinnvoller, solche Studenten an Chinas Schwerpunktuniversitäten zu schicken, die eine bessere Ausbildung garantierten als manche Hochschulen im Ausland.

Neben der Einschränkung der Fächer, für die ein Auslandsstudium nach wie vor befürwortet wird, dürfte sich die Zahl der Auslandsstudenten in Zukunft vor allem aufgrund der strikteren Auswahl nach ideologischen Gesichtspunkten verringern. Die politische Einstellung der Bewerber wird zweifellos eine zentrale Rolle bei der Auswahl spielen. Die strengere Überwachung im Ausland soll die ideologische "Auf-

weichung" der Studenten verhindern und zugleich dafür sorgen, daß sich der Prozentsatz der nach China zurückkehrenden Studenten erhöht. Nach Angaben der Staatlichen Erziehungskommission hat China seit 1979 über 50.000 Studenten zum Studium ins Ausland geschickt, von denen gut die Hälfte nach Beendigung des Studiums zurückgekehrt sei (ebd.). Da man die niedrige Rückkehrerquote von offizieller Seite sicherlich ungern zugibt, könnte die tatsächliche Zahl der Rückkehrer in Wirklichkeit noch geringer sein (vgl. hierzu C.a. 1988/3, Ü 23).

Im Gegensatz zu den Regierungsstipendiaten sollen die Selbstzahler weiterhin ermuntert werden, im Ausland zu studieren, und größere Freiheit genießen (XNA, 2.7.89).

Bereits im Anschluß an die Studentenunruhen Ende 1986/Anfang 1987 hatte die Regierung die Politik bezüglich der Auslandsstudenten restriktiver gestaltet. Damals waren neue Bestimmungen für das Auslandsstudium erlassen worden, die vorsehen, in erster Linie Postgraduierte und Hochschulabsolventen, die bereits in einem Arbeitsverhältnis stehen und daher an Auflagen ihrer Einheit gebunden sind, ins Ausland zu schicken (vgl. C.a. 1987/6, Ü 24). Man geht davon aus, daß ältere Studierende - also Postgraduierte und jüngere Wissenschaftler - ideologisch gefestigter sind bzw. bereits eine eigene Familie haben und deshalb nach China zurückkehren werden. -st-

* (24)

China fordert Auslandsstudenten zur Rückkehr auf

In dem Interview, das ein Vertreter der Staatlichen Erziehungskommission am 26.7.89 der Presse gab, kamen auch die Probleme der zur Zeit noch im Ausland weilenden chinesischen Studenten zur Sprache. Wie der Sprecher erklärte, sei es die Pflicht aller Regierungsstipendiaten, nach Beendigung ihres Studiums in die Heimat zurückzukehren. Dies sei in allen Ländern so. Seit 1979 seien über 90 Prozent aller Gastwissenschaftler und eine entsprechende Anzahl von Postgraduierten nach China zurückgekehrt. (Wohlweislich erwähnte der Sprecher nicht den Anteil der zurückgekehrten Studenten. Deren Rückkehrerquote dürfte bedeutend niedriger liegen.) Zugleich wertete der Sprecher die Praxis einiger ausländischer Staaten, die chinesischen

Studenten zum Bleiben zu ermuntern, als unfreundlichen Akt, der sich negativ auf die Beziehungen zwischen dem jeweiligen Land und China auswirken werde. China, so versicherte er, werde gegenüber denjenigen Studenten, die im Ausland an Demonstrationen teilgenommen und Reden gegen die chinesische Regierung gehalten hätten, Nachsicht üben. Sie würden nach ihrer Rückkehr nicht bestraft werden. Schließlich seien die Studenten über die tatsächliche Situation in China nicht richtig informiert gewesen und durch die Berichterstattung der westlichen Medien in die Irre geführt worden. Wer aus irgendeinem Grunde nicht termingerecht zurückkehren könne, müsse einen regulären Antrag stellen. Was diejenigen Studenten betreffe, deren Studienaufenthalt im Ausland noch nicht beendet sei, die aber zwecks Ferien oder Teilnahme an wissenschaftlichen Tagungen kurzfristig nach China zurückkehren wollten, so brauchten sie keine Befürchtungen zu haben, daß ihnen die Wiederausreise verweigert würde. (RMRB, 27.7.89)

Offensichtlich - und wahrscheinlich zu Recht - befürchten dennoch die meisten im Ausland weilenden chinesischen Studenten, daß sie nach ihrer Rückkehr Repressalien oder gar Verhaftungen ausgesetzt sind, sofern sie sich für die Demokratiebewegung aktiv engagiert haben. Bisher jedenfalls scheint die Rückkehrerzahl äußerst niedrig zu sein. Nur so ist zu erklären, daß die Zeitungen mit Vorliebe über Rückkehrer berichten, die normalerweise keine Nachricht wert wären (z.B. RMRB, 2.7.89, S.4). -st-

* (25)

In diesem Jahr weniger Zulassungen zu den Hochschulen

In diesem Jahr haben sich 2,66 Mio. Mittelschulabgänger um ein Hochschulstudium beworben. Die Aufnahmepfahrungen fanden, wie vorgesehen, national vom 7.-9. Juli statt (RMRB, 4.7.89). Wie in den vergangenen Jahren kann etwa jeder vierte Bewerber damit rechnen, einen Studienplatz zu erhalten. Allerdings ist bekannt geworden, daß die Zulassungsquote gesenkt werden und nicht, wie geplant, steigen soll. Zu diesem Problem brachte die *Volkszeitung* am 22.7.89 ein Interview mit einem Sprecher der Staatlichen Erziehungskommission.

Der Sprecher gab zu, daß es in diesem Jahr weniger Zulassungen geben werde, daß die Reduzierung der neuen Studienplätze aber bei weitem nicht so dramatisch sei, wie allgemein befürchtet. Die Anfang des Jahres festgesetzte Zahl der Neuzulassungen von 640.000 werde lediglich um 5%, also um etwa 30.000 gekürzt. (Laut Plan der Erziehungskommission vom letzten Jahr sollten in diesem Jahr 650.000 Kandidaten zu den Hochschulen zugelassen werden; vgl. C.a. 1988/3, Ü 20.) Gleichzeitig würden zum Ausgleich ergänzende Maßnahmen getroffen. So werde z.B. die Zulassungsquote der Fernuniversitäten erhöht, so daß sich die Gesamtzahl derjenigen Mittelschulabsolventen, die die Zulassung zu einer tertiären Bildungseinrichtung erhalten, nicht ändern werde. Langfristig gesehen, hätten viele Mittelschulabsolventen Probleme bei der Arbeitssuche. Dieses Problem könne jedoch nicht dadurch gelöst werden, daß man die Zahl der Studienplätze an den Hochschulen erhöhe, sondern nur dadurch, daß man die berufliche und technische Bildung weiter ausbaue.

Auf die Frage der Reporter, warum man die Zahl der Studienplätze an den regulären Hochschulen senken wolle, führte der Sprecher drei Gründe an. Erstens habe sich der tertiäre Bildungssektor in den letzten Jahren relativ schnell entwickelt, doch hätten die Bedingungen an vielen Hochschulen damit nicht Schritt halten können, so daß die Studienbedingungen und die Ordnung des studentischen Lebens nicht im erforderlichen Maße gewährleistet gewesen seien. Dies habe sich nicht nur auf die Qualität der Bildung nachteilig ausgewirkt, sondern sei auch eine wesentliche Ursache für die instabile Lage an den Hochschulen.

Zweitens habe seit einigen Jahren - wie auch in diesem Jahr - ein Teil der Hochschulabsolventen Schwierigkeiten, eine Anstellung zu finden. Zwar sei dies nur eine vorübergehende Erscheinung, aber sie sei nicht auf einmal zu lösen.

Drittens gäbe es für eine Reihe von Studienfächern, insbesondere in den Sozialwissenschaften, keine klaren Konzepte. Hier seien dringend eine Angleichung und Anreicherung der Bildungsinhalte sowie die Aufstellung klarer Ausbildungsziele erforderlich, um den Anforderungen des sozialistischen Aufbaus gerecht werden zu können.

Im Lichte dieser drei Gründe sei die Planung der Zulassungen zu den Hochschulen neu zu überdenken.

Die von der Staatlichen Erziehungskommission verfügte Verringerung der Studienplätze steht zweifelsohne in Zusammenhang mit den jüngsten Studentenprotesten. Die Kommission will zwar den Anschein erwecken, daß allein sachliche Gründe für die Maßnahme sprechen, doch gibt sie indirekt zu, daß es ihr um die Behebung der "instabilen Lage" an den Hochschulen geht. Ob eine Senkung der Zulassungsquote allerdings das geeignete Mittel ist, die Lage an den Hochschulen zu stabilisieren, d.h. diese einer stärkeren Kontrolle zu unterwerfen, bleibt fraglich. Das weiß auch die Regierung, und so dürfte der Zweck der Maßnahme eher darin liegen, die Studienbewerber wie die Studenten insgesamt einzuschüchtern. -st-

Außenwirtschaft

* (26)

Chinas Auslandsschulden wachsen

Am 4. August 1989 erklärte der stellvertretende Premierminister, Yao Yilin, daß die Volksrepublik entschlossen sei, ihre Auslandsschulden pünktlich zurückzuzahlen. Yao erklärte, daß der 8. Fünfjahresplan, der im Jahre 1991 beginnen würde, ein Element enthalte, das sich auf die Rückzahlung der Auslandsschulden beziehe. China würde seine Fähigkeit erweitern, Schulden durch wachsende Exporte zurückzuzahlen.

Solche und ähnliche Äußerungen hoher chinesischer Funktionäre haben wohl das Ziel, das Vertrauen der internationalen Finanzwelt hinsichtlich der Kreditwürdigkeit des Landes aufrechtzuerhalten.

Die chinesische Regierung ist im zunehmendem Maße über den deutlichen Anstieg der Auslandsverschuldung besorgt, will jedoch auch weiter in begrenzten Rahmen Kredite aus dem Westen aufnehmen. Die chinesische Auslandsschuld hat sich in den vergangenen vier Jahren um jährlich 38% erhöht und erreichte Ende März d.J. einen Höchststand von 42 Mrd. US\$.

Die Regierung werde alles daran setzen, um trotz der wirtschaftlichen Konsolidierungspolitik und eines Haushaltsdefizits ihrem Schuldendienst ordnungsgemäß und zeitgerecht nachzukommen. Nach Berechnungen des Ministeriums für Außenwirtschaft und Außenhandel wird Chinas Schuldendienststrategie 1992, dem Spitzenjahr der fälligen Rückzahlungen, zwischen 10 und 15% der Exporteinnahmen liegen.

Nach Angaben des stellvertretenden Direktors des Schuldendienst-Verwaltungsamtes im Finanzministerium wird China in den kommenden 10 Jahren allerdings eine "vorsichtige Verschuldungspolitik" verfolgen. China sei dabei, die Erfahrungen der vergangenen Jahre zu prüfen und auch die Lage in den hochverschuldeten lateinamerikanischen Ländern zu studieren. Eine striktere Kontrolle der Kreditaufnahme im Ausland ist bereits eingeführt worden.

Nach einer Studie einer westlichen Regierung, die der Hongkonger Zeitung *Asian Wallstreet Journal* zugänglich gemacht wurde, begannen die Finanzprobleme sich bereits vor dem 4. Juni 1989 aufzubauen. Gründe dafür waren ein sich erweiterndes Handelsbilanzdefizit, eine immer größere Inflationsrate sowie ernsthafte Knappheiten bei vielen Gütern. Das Defizit könnte Beijing dazu bewegen, einige Schulden zu refinanzieren und nicht die Devisenreserve des Landes für die Rückzahlungen in Anspruch zu nehmen.

Die Refinanzierung von Schulden könnte sich jedoch als schwierig erweisen, falls die gegenwärtige abwartende Haltung der internationalen Finanzinstitutionen sich in eine Weigerung verwandeln würde, weitere Kredite an die Volksrepublik zu vergeben. Obgleich die Kredite internationaler Institutionen, wie beispielsweise der Weltbank oder der Asiatischen Entwicklungsbank, nur einen relativ kleinen Teil der tatsächlichen Kredite Chinas ausmachen, so erscheint deren Bereitschaft, die Volksrepublik mit Krediten zu versorgen, jedoch als wichtiger Vertrauensbeweis - zumindest in den Augen der internationalen Handelsbanken. Eine Menge von Banken warten ab, wie Weltbank und Asiatische Entwicklungsbank sich entscheiden werden. Erst danach würden auch sie nachziehen, so hieß es in internationalen Bankkreisen. Ein größeres Handelsbilanzdefizit würde in den Augen

der Gläubiger der Volksrepublik als Bedrohung angesehen. Für das Jahr 1989 schätzt man das Handelsbilanzdefizit auf zwischen 9-12 Mrd. US\$.

Falls man die Devisenreserve, die für Ende April 1989 auf 19,1 Mrd. US\$ geschätzt wurde, nicht angreifen will, so werden weitere Auslandskredite erforderlich.

Bis zu der blutigen Militäraktion vom 4. Juni 1989 galt China den Banken als eine gute Adresse. Insbesondere japanische Banken boten günstige Konditionen. Ende Juni 1989 forderte der Vorsitzende der japanischen Bankiersvereinigung die japanischen Institute auf, bei der Kreditvergabe an die Volksrepublik Zurückhaltung zu üben und die Haltung der Weltbank aufmerksam zu verfolgen. "Niemand will den Chinesen als erster Geld leihen", erklärte dieser japanische Bankier in Beijing. Weil er befürchte, um neue Kredite angegangen zu werden, habe er auch keine Kontakte mehr zu seinen chinesischen Gesprächspartnern.

Das einflußreiche Japan Center International Finance hat das Credit Rating für die Volksrepublik auf "C" herabgesetzt, eine Kategorie, die für Länder reserviert ist, die wahrscheinlich Schwierigkeiten bei der Rückzahlung von Krediten haben werden.

Viele der in Hongkong ansässigen Banken, die aufgrund ihres hohen Engagements in der Volksrepublik - ernstzunehmende Quellen schätzen dieses auf 5-7 Mrd. US\$ - aus eigenem Überlebenstrieb an einer finanzkräftigen und gut funktionierenden chinesischen Wirtschaft interessiert sind, helfen zur Zeit soweit wie möglich nur mit kurzfristigen Mitteln zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen aus.

Wie aus eingeweihten Kreisen zu erfahren war, sollen Mitte Juli 1989 einzig südkoreanische und thailändische Banken eine grundsätzliche Bereitschaft gezeigt haben, gegen den Strom zu schwimmen und der Volksrepublik, allerdings möglichst unter der Hand, neue Kredite zu gewähren. Während es den Koreanern offensichtlich darum geht, die Gelegenheit zu nutzen, um die harte japanische Konkurrenz auszustechen, sind bei den thailändischen Banken in erster Linie handfeste und pragmatische Gewinnüberlegungen im Spiel. Denn nach den jüngsten politischen Vorgängen in der Volksrepublik